

**Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 03.06.2004**

Vorlage Nr. 04-F-02-0024

**Bundeskürzungen im Sozialbereich  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 17.03.2004 -**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Der Magistrat wird um Bericht gebeten, welche finanziellen Auswirkungen die auf Bundesebene zum Jahreswechsel erfolgten bzw. beschlossenen Kürzungen im Sozialbereich
  - a) für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt
  - b) auf die städtischen Finanzenhaben.
  
2. Dabei ist insbesondere auf die Kürzungsmaßnahmen einzugehen:
  - Vorenthaltung der Rentenanpassung 2004
  - Faktische Rentenkürzung durch Übernahme des vollen Pflegeversicherungsbeitrages durch die Rentner
  - Renteneinbußen durch den „Nachhaltigkeitsfaktor“
  - Renteneinbußen durch die schrittweise Abschaffung der Anrechnung von Ausbildungszeiten
  - Verschiebung des Auszahlungstermins für Neurentner auf das Monatsende
  
  - Begrenzung des Anspruches auf Arbeitslosengeld auf 12 Monate
  - Einführung des Arbeitslosengeldes II (Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Hartz-IV) zum 1.1.05
  
  - Einführung der „Praxisgebühr“ von 10 €
  - Erhöhte Zuzahlungen für Arznei- Heil- und Hilfsmittel usw.
  - Erhöhte Zuzahlungen für häusliche Krankenpflege

---

**Beschluss Nr. 0377**

Der Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 17.03.2004 betr.

Bundeskürzungen im Sozialbereich

wird von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abgesetzt.

1. CDU-Stadtverordnetenfraktion  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, . 06.2004

2. Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16-

Wiesbaden, .06.2004

Dezernat VI  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl  
Oberbürgermeister